

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Muchitsch, **Mahrer, Büstmayr**
Genossinnen und Genossen

betreffend Schutz der Krankenanstalten – Schutz des Gesundheitspersonals – Schutz der Patienten und Patientinnen

eingebracht im Zuge der Debatte zum Bericht des Gesundheitsausschusses über den Antrag 2064/A der Abgeordneten Gabriela Schwarz, Ralph Schallmeiner, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das MTD-Gesetz und das Sanitätergesetz geändert werden (1268 d.B.)

Wir beschließen heute die Verlängerung von geltenden berufsrechtlichen Sonderbestimmungen für die Gesundheits- und Krankenpflegeberufe, weil es an Pflegepersonal mangelt und diese Personen dringend gebraucht werden.

Gleichzeitig kam es in der letzten Zeit zu verabscheugwürdigen Bildern: Impfskeptiker und Corona-Leugner versammelten sich vor Krankenanstalten, Spitätern, Test- und Impfstraßen und bedrohten das dort arbeitende Personal. Gerade diese Gruppe, die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger und die übrigen Bediensteten dieser Einrichtungen leisten seit Beginn der Pandemie Unmenschliches. Neben der Betreuung von Personen, die an Corona erkrankt sind und die Intensivstationen massiv belasten, versuchen sie den normalen Betrieb im Dienste der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Es ist für den gesamtgesellschaftlichen Konsens äußerst schädlich, gefährdet das öffentliche Wohl und muss daher unter Einhaltung aller Grundrechte im Interesse der Patientinnen und Patienten, aber auch des dort tätigen Personals verhindert werden. Beispielhaft der untenstehende Bericht der Oberösterreichischen Nachrichten:

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 20.11.2021 Seite: 37
Ressort: Oberösterreich

Verfassungsschutz warnt Spitäler vor Aktionen von Impfgegnern

In Telegram-Kanälen der MFG riefen Impfgegner in Oberösterreich und Salzburg zu "Spaziergängen" in Krankenhäusern auf. Einige Spitäler stehen nun unter Polizeischutz

Linz, Steyr. Es war Freitagvormittag, als der Portier des Pyhrn-Eisenwurzen Klinikums in Steyr unerwarteten Besuch bekam: die Polizei. Ob sich in den vergangenen Stunden etwas Auffälliges getan habe und ob Menschengruppen vor dem Spital aufgetaucht seien, fragten die Beamten. Und ob er vorbereitet sei auf das, was kommen könnte.

Wenige Stunden zuvor hatten Impfgegner in einer Gruppe des Online-Nachrichtendienstes Telegram zum "Spaziergang" aufgerufen. In Spitätern wolle man "nachschauen gehen", ob auf den Intensivstationen wirklich so viele Covid-19-Patienten liegen würden. Ob das Gesundheitspersonal, "die Marionetten", die Wahrheit sagen würde. Es sei "Zeit aufzustehen" und "die Kräfte zu bündeln", schrieben die Impfgegner.

Polizisten patrouillieren

"Aktuell beschützen Polizisten unsere Krankenhäuser", sagt Jutta Oberweger, Sprecherin der Gesundheitsholding.

Am Donnerstag war das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung auf die Nachricht in einem Telegram-Kanal der MFG-Partei aufmerksam geworden. "In der Gruppe wurde zu Aktionismus in und vor Krankenhäusern aufgerufen. Der Aufruf richtet sich explizit gegen Krankenhäuser in Salzburg und Oberösterreich", sagt Harald Sörös, Sprecher des Bundesministeriums für Inneres.

Was die Impfgegner bei den angekündigten "Spaziergängen" genau planen würden, sei nicht klar. "Anfangs haben wir nur die Spitäler in Oberösterreich und Salzburg gewarnt", sagt Sörös. Später wurde die Information aber an Krankenhäuser in ganz Österreich ausgeschickt. Man stehe in engem Kontakt mit den Landespolizeidirektionen.

Beamte, die mit Streifenwagen in der Nähe von Krankenhäusern unterwegs sind, haben die Anweisung, auch das Spitalgelände abzufahren und verdächtige Personen zu kontrollieren. "Wir müssen so schnell wie möglich handeln und unangekündigte Demonstrationen auflösen", sagt Ministeriumssprecher Sörös. "Wenn die Leute dann schon im Krankenhaus drinnen stehen, ist es bereits zu spät."

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aus gegebenem Anlass daher aufgefordert, den Schutz der Beschäftigten in Gesundheitseinrichtungen, wie Krankenanstalten, Spitäler, Impf- und Teststraßen, sowie anderen Gesundheitseinrichtungen, sicherzustellen, damit das dort beschäftigte Personal seinen verantwortungsvollen und lebenserhaltenden Aufgaben ungestört im Interesse der Patientinnen und Patienten und der öffentlichen Gesundheit nachkommen kann und die Zu- und Abfahrt zu diesen Einrichtungen nicht behindert wird.“

